



Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 12.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamzellen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.

Nummer 25

Fernruf 179.

Wildbad, Dienstag, den 1. Februar 1921

Fernruf 179.

55. Jahrgang

Die Abwürgung.

Bei dem Beschluß der Pariser Konferenz über die Kriegsschadigung muß der Teufel zu Gewatter gefunden haben. Soweit die Geschichte zurückgreift, ein solcher Gewaltstreik ist noch niemals einem Volk gegenüber verübt worden, wie ihn die Pariser Konferenz beschlossen und der Oberste Rat gebilligt hat. Ein Volk von 70 Millionen, das eben noch, ohne Uebertreibung, an der Spitze der Völker stand, dessen Waffen auch in dem ungeheuren Völkerringen siegreich geblieben waren, dieses Volk soll sich eine Knechtung ohne gleichen gefallen lassen! Vor ein paar Tagen noch, als der „Mann der Versöhnung“, Briand, und sein Finanzminister Doumer eine Kriegsschadigung von 200 Milliarden Goldmark verlangten, da legte Lloyd George den Zeigefinger an die Stirne: Seid ihr verrückt oder glaubt ihr, ich bins? Wie soll Deutschland jemals eine solche Summe bezahlen können? — Und derselbe Lloyd George gibt am Samstag vormittag seine Unterschrift unter das Dokument des wahrhaftigsten Hasses. Die „Einigkeit“ ist wiederhergestellt und in den Armen liegen sich beide und mögen weinen vor Freude, daß ihnen die Arbeit so wohl gelungen ist.

Zweiundvierzig Jahre soll — vorerst — die Knechtschaft dauern. In den beiden ersten Jahren vom 1. Mai 1921 an sink je 2 Milliarden, in den nächsten drei je 3, in den folgenden drei je 4, in den weiteren drei je 5 und in den letzten 31 Jahren je 8 Milliarden Goldmark zu bezahlen, macht zusammen 226 Milliarden Goldmark, ohne die Zinsen. Zweiundvierzig Jahre lang haben wir ferner auf unsere gesamte Ausfuhr eine Steuer von 12 Prozent zu bezahlen, die von der „Wiederherstellungskommission“ überwacht wird. Herr Doumer behauptet, die deutsche Ausfuhr lasse sich sehr wohl auf 12 Milliarden Goldmark steigern, indem man die deutschen Arbeiter aufs äußerste ausnützt, die Arbeitszeit verlängert, die Löhne herabsetzt usw. Falls das möglich wäre, würden also aus der deutschen Arbeit unmittelbar 144 Milliarden Goldmark herausgepreßt, ungedruckt die verschiedenen Milliarden, die die zahlreichen Steuerüberwachungskommissionen kosten werden. Als Sicherheit müssen überdies die deutschen Einfuhrzölle verpfändet werden.

Ohne die im einzelnen noch nicht übersehbaren Unkosten wird also die Kriegsschadigung (ohne Zinsen) und die Steuerbelastung der Ausfuhr uns eine Auflage von 370 Milliarden Goldmark bringen. Die Goldmark steht nun derzeit zur Papiermark im Verhältnis wie 1 zu 12; nehmen wir aber an, daß trotz des jetzt wohl schwerlich ausbleibenden neuen Drucks auf unsere Währung sich ein Verhältnis von 1 zu 10 durchschnittlich bis zum Ablauf der 42 Jahre herausbilden könnte, so beziffert sich die Kriegsschadigung auf 3700 Milliarden Mark. Aber noch nicht genug damit. Frankreich verlangt statt seiner bisherigen 1,6 Millionen Tonnen Kohlen nunmehr 2,2 Millionen Tonnen, außerdem Nachlieferung der im Rückstand befindlichen 500 000 Tonnen. Dagegen wird Frankreich die 5 Mark-Goldprämie für die Tonne, die zur besseren Ernährung der Bergarbeiter dienen sollte, nicht mehr bezahlen — schon in den beiden letzten Monaten hat sich Frankreich dieser Vertragsverpflichtung entzogen —, sondern es wird nur noch eine „Prämie“ von 2 Mark für die Tonne ausreife besser Kohle gewährt. Da aber die Beurteilung dieser Kohlengüte nur den Franzosen zusteht, so dürfen wir uns auch auf diese „Prämie“ keine großen Hoffnungen machen. Bei dem wilden Raubbau, der nun an Deutschlands Restbeständen von Kohlen wird betrieben werden müssen, ist eine sorgfältige Sortierung überhaupt fast unmöglich oder doch sehr zeitraubend und kostspielig; jedenfalls würde die lächerliche „Prämie“ sehr teuer erkaufte sein.

Auch in der Entwaffnungsfrage ist ein Einverständnis erzielt. Der amtliche Schlußbericht über die Konferenz, der am Samstagabend ausgegeben worden ist, stellt ausdrücklich fest, daß „die Entscheidungen von der herzlichsten und engsten Einigkeit und dem vollständigen Einverständnis erfüllt“ seien.

Simmer wieder die Frage: Wie konnte Lloyd George sich über eine 200 Milliarden-Forderung entlassen, wenn er die 226 Milliarden samt allen übrigen noch hinzukommenden Auflagen schließlich doch „in engster Einigkeit“ zugestand. Ist es ihm mit seinem „heiligen Born“

anfangs wirklich Ernst gewesen, oder hat er ihm als taktisches Mittel gedient, Frankreich um so eher in der Orientfrage, die im Februar in London entschieden werden soll, geügiger zu machen? Für England ist Deutschland, um es wiederholt auszusprechen, im Verhandlungsgeschäft doch nur ein Tauschgegenstand. Wenn Lloyd George die Forderung einer Kriegsschadigung von 200 Milliarden und die vollste Entwaffnung am 23. Januar für lächerlich fand, mußte er die 370 oder 400 Milliarden gar auch am 29. Januar noch für unmöglich halten.

Es ist übrigens schlechterdings nicht zu glauben, daß Frankreich selbst an die Ausübbarkeit des Uebereinkommens von Paris denke. Es kommt auf die restlose Bezahlung der Unsummen auch gar nicht an, sondern vielmehr darauf, Deutschland bis zum Weißbluten — ein Wort Lloyd Georges — zu erschöpfen und dann dauernd niederzudrücken und schließlich zu vernichten, sei es durch langsame Hungertod oder durch erzwungene Auswanderung — nach dem Sinn Clemenceaus. Das Pariser Uebereinkommen sagt, daß die im Friedensvertrag auf 15 Jahre festgelegte Besetzung des Rhein- gebiets, die vom 5. Jahr an allmählich vermindert werden sollte, solange fortgesetzt werden kann, bis alles bezahlt ist. Deutschland wird alles bezahlen, sagte der französische Finanzminister, oder —.

Der Schluß der Konferenz.

Paris, 31. Jan. Am Samstagabend ist die Pariser Konferenz geschlossen worden. (Nach Havas war die Verlängerung bis Dienstag ins Auge gefaßt.) Das Protokoll über die Entwaffnung wurde nachmittags 4 Uhr, das über die Entschädigung und die Strafmaßnahmen um 5 Uhr unterzeichnet. Die Beschlüsse werden der deutschen Reichsregierung mit Begleitschreiben mitgeteilt. Der französische Kriegsminister Barthou sagte beim Verlassen des Saals, die Entwaffnung, die bis 1. Juli durchgeführt sein muß, sei so geregelt, daß Frankreich gesichert und zufrieden sein könne.

An Strafmaßnahmen sind vorgesehen: 1. Die Räumungsfrist von 15 Jahren für das Rhein- gebiet wird aufgehoben; 2. Weiteres deutsches Gebiet kann besetzt werden; 3. In den Rheinlanden kann eine besondere Zollverwaltung des Verbands eingesetzt werden; 4. Der Verband wird (nach dem Antrag des Lord Curzon) gegebenenfalls gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund Widerspruch erheben. (Näherlich!)

Bezüglich der Hilfeleistung für Oesterreich wurde ein Vorschlag Loucheurs angenommen, eine Finanz- vereinigung mit einem Kapital von 200 Millionen Franken zu gründen.

Paris, 31. Jan. Die Pariser Presse äußert lebhaftest Befriedigung über das Ergebnis der Konferenz. Mehrere Blätter überschütteten die Deutschen mit spöttlichem Hohn. „Deuvre“ hofft, daß Amerika dem Abkommen beitreten werde, denn ohne seine Wechsel-Bürgschaft würde es ein toter Buchstabe bleiben. Wenn es aber beitrete, werde das Abkommen ein strenges und gerechtes Gesetz, dem Deutschland sich beugen werde.

London, 31. Jan. Die Beschlüsse der Pariser Konferenz finden in der Presse allgemeine Zustimmung, vor allem wegen des Beweises der Unverbrüchlichkeit der Entente. Die Zustimmung Deutschlands müsse abgewartet werden. Die deutsche Presse sei einmütig gegen die Annahme der Pariser Beschlüsse und die unter dem Publikum herrschende Erregung sei groß. Die Blätter berichten aus Amerika, man sei dort der Ansicht, daß die von den Verbündeten gefaßten Entschlüssen nicht durchführbar sein werden. — „Sunday Times“ schreiben, ein Gefühl der Erleichterung gehe durch die Welt. Deutschland werde einsehen, daß es jetzt jede Hoffnung auf Vergeltung aufgeben müsse.

Einige Blätter weisen darauf hin, daß die Belegung der deutschen Ausfuhr mit einer Steuer zur Folge haben werde, daß das Ausland die deutschen Waren teurer bezahlen müsse. (Das wird doch wohl nur bei den wenigen Waren zutreffen, die fast ausschließlich in Deutschland hergestellt werden können, wie gewisse chemische Erzeugnisse und dergl.)

Rom, 31. Jan. Die italienischen Blätter beurtei-

len fast ausnahmslos das Abkommen von Paris, das unaufrichtig sei und nur zu neuen Kriegen führe. — Das hat aber die Vertreter Italiens nicht abgehalten, das Abkommen zu unterzeichnen.

Nationaler Trauertag.

Berlin, 31. Jan. In Reichstagskreisen wird der Plan erörtert, einen Nationaltrauertag einzuführen. Der Aelterenrat des Reichstags hat sich bereits grundsätzlich damit einverstanden erklärt. Der Plan geht dahin, entweder den ersten Sonntag im März, oder den 28. Juni, den Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Schmachfriedens, als Nationaltrauertag zu bestimmen. Der Reichstag dürfte sich für den 6. März entscheiden.

Berlin, 31. Jan. Die heutige Sitzung des Reichstags wurde alsbald nach Ausnahme auf Wunsch des Außenministers Dr. Simons auf morgen nachmittag 4 Uhr zur Entgegennahme einer Regierungserklärung vertagt.

Lloyd George über die Konferenz.

Paris, 30. Jan. (Havas.) Nach Schluß der Konferenz erklärte gestern der englische Ministerpräsident Lloyd George französischen Journalisten, sein Eindruck von der Konferenz sei ausgezeichnet. Wenn man nicht zu einer vollständigen Verständigung gelangt wäre, wäre das ein wirkliches Unglück gewesen, und nur die Deutschen hätten sich darüber freuen können. Die Deutschen werden allerdings nicht so recht mit dem Ergebnis der Konferenz zufrieden sein. Irgendwelche Schwierigkeiten für die Ausübung der Uebereinkunft der Ausfuhrsteuer fürchte er keineswegs. Es stehe den Verbündeten mehr als ein Mittel zur Verfügung, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, falls sie auftauchen vor allem die Zollüberwachung, die sie einrichten würden. Diese Kontrolle werde allerdings durch einen deutschen Beamten ausgeübt werden, aber die Ernennung dieses Beamten werde nur unter Zustimmung der Wiederherstellungskommission erfolgen können, die jeden Augenblick seine Abberufung fordern könne. Wenn die Deutschen trotzdem ihre Ausfuhr irgendwie zu verheimlichen suchen sollten, so brauche man sich nur an die Verbündeten oder sogar nur an die neutralen Regierungen zu wenden, die ja größtenteils schon Statistiken über ihre Einfuhr veröffentlichten. Man würde dann diese Statistiken nur mit den deutschen Ziffern zu vergleichen haben.

Die Ueberwachung der deutschen Zölle, die keine Zwangsmaßnahme sein soll, sei nicht mit der Einrichtung einer unmittelbaren Zollverwaltung durch die Verbündeten zu verwechseln, was natürlich eine Zwangsmaßnahme wäre. Die rein moralische Zwangsmaßnahme der Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund, die auf Vorschlag Lord Curzons zur Annahme gelangt sei, könne ohne weiteres dadurch verwirklicht werden, daß die Verbündeten sich der Aufnahme Deutschlands widersetzten, wenn dieses sich weigern sollte, die soeben unterzeichnete Lösung anzunehmen. Die Zwangsmaßnahmen werde man nicht leichtfertig anwenden. Die Wiederherstellungskommission werde ihre Arbeiten fortführen, weil Frankreich wünsche, daß die Gesamtsumme der Forderungen aller Verbündeten Deutschland gegenüber gemäß dem Vertrag festgelegt werde, und dann, weil man immerhin die Möglichkeit voraussetzen könne, daß Deutschland das jetzt getroffene Abkommen nicht annehme. In diesem Fall würde nichts anderes übrig bleiben, als die Bestimmungen des Abkommens vollständig und buchstäblich anzuwenden. Die Frage der verbändlerischen Schulden werde Großbritannien mit dem allerbesten Willen regeln und mit dem größten Entgegenkommen. In Dthye habe England bereits versprochen, fünf Jahre lang seinen Anteil an der deutschen Entschädigungssumme nicht zu kapitalisieren, nur, um einer etwaigen französischen Anleihe nichts in den Weg zu legen, wenn Frankreich versuchen sollte, auf diesem Wege seine Forderungen gegen Deutschland flüssig zu machen. Wir schulden den Amerikanern Geld, Frankreich ist unser Schuldner, und andere Nationen wiederum sind Frankreich Geld schuldig. Da ist keinerlei Lösung möglich, solange sich Amerika von den Besprechungen fernhält. Tun wir inzwischen so, als ob uns keinerlei Schulden bräcken. Wenn mein



Gläubiger mich nicht drängt, so werde ich meinerseits auch meinen Gläubiger nicht drängen. (Nach der Unterzeichnung des Abwägungs-Abkommens stellt sich Lloyd George wieder als den Wiedermann hin, als den „uneigennütigen Freund“, wie er in Spa sagte.)

Neues vom Tage.

Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 31. Jan. Unter dem Vorsitz des Reichslanzlers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Ressortminister, sowie von Vertretern der politischen Parteien des Reichstags fand gestern eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung mit Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen statt. Allseitig wurde betont, daß das Reich und die Länder bis zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr noch als bisher Arbeitsgelegenheit schaffen müßten, wofür sich Möglichkeiten insbesondere auf dem Arbeitsgebiet des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums, sowie in den landwirtschaftlichen Bodenverbesserungen, wie sie schon jetzt mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben werden, zeigten. Sehr bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes ist nach der allgemeinen Auffassung die Behebung der Bauarbeitslosigkeit. Auch die Zukunftsaussichten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert. Aus den Kreisen der Gewerkschaften wurde auf die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Kurzarbeit, sowie die Frage des Wechsels der Belegschaften zur Erörterung gestellt.

Zwangs-Benzollieferung.

Berlin, 31. Jan. Der „Lokalanzeiger“ berichtet: Auf Grund des Friedensvertrags ist Deutschlands verpflichtet, für drei Jahre 35 000 Tonnen Benzol jährlich an Frankreich zu liefern. Die Vertreter Deutschlands haben den Franzosen und der Wiederherstellungskommission ausführlich dargelegt, daß die Lieferung dieser Menge uns in eine äußerst schwierige Lage bringen würde. Trotzdem hat die Wiedergutmachungskommission angeordnet, daß wir die gesamten 105 000 Tonnen innerhalb drei Jahren zu liefern haben. Eine Verlängerung der Lieferfrist, die Deutschland dringend erbitten hat, ist abgelehnt worden. Am 1. Februar wird mit der Ablieferung begonnen werden. Es wird dann notwendig sein, die bisherige Benzolsteuer ganz erheblich zu kürzen. Auch die lebenswichtigen Betriebe der Landwirtschaft und Fischerei werden nur noch zum Teil mit Benzol versehen werden können.

Amtliche Unterstützung der Bolschewisten?

Berlin, 31. Jan. Auf Anfrage des kommunistischen Abgeordneten Düwels, ob während des Kriegs Lenin, Trotzki und andere Bolschewisten von der deutschen Reichsregierung mit etwa 50 Millionen Mark unterstützt worden seien (wie Eduard Bernstein behauptet hat) oder ob diese eine Unterstützung durch die deutsche Militärbehörde zugelassen habe, hat der Reichsminister Dr. Simons geantwortet, daß die Akten des Auswärtigen Amtes „keine Anhaltspunkte“ dafür geben, daß Lenin und Trotzki aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden seien, oder daß das Auswärtige Amt eine Unterstützung dieser Politiker durch die deutsche Militärbehörde zugelassen habe.

Wirtschaftspartei.

Berlin, 31. Jan. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen (30. Februar) wird eine neue Partei hervortreten, zu deren Gründung schon bei den letzten Reichstagswahlen in den größeren Städten Ankänge genommen wurden. Die „Wirtschaftspartei“ will sich als Mittelstandspartei betätigen, die sich aus den gewerkschaftlichen und den sozialistischen Haus- und Grundbesitzern zusammensetzt. Der Führer ist Kommunistenrat Habekant-Berlin.

Vollstimmung in der Schweiz.

Bern, 31. Jan. In der gestrigen Volksabstimmung wurde ein Begehren der sozialdemokratischen Partei auf

Abkündigung der Militärgerichtsbarkeit und Unterstellung der Militärstrafsache unter die Zivilgerichte mit rund 387 000 gegen 193 000 Stimmen und mit 19 gegen 3 Kantons abgelehnt. Die Abstimmung wird als schwere Niederlage der revolutionären Kreise bezeichnet. Die Stimmbeteiligung betrug 50 Prozent.

Stodung in den russisch-polnischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 31. Jan. „Politiken“ erhält aus Rigafolgendes Telegramm: In den polnisch-russischen Friedensverhandlungen wurde noch keine Einigung über die Höhe des von Russland an Polen zu zahlenden Geldbetrags erzielt. Joffe erklärt, Russland könne höchstens 30 Millionen Goldrubel an Polen zahlen zahlen, während Domböski 70 Millionen verlangt. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Paris, 31. Jan. (Havas.) Hinsichtlich der Entwaffnung Deutschlands wurde der Bericht des Marschalls Foch etwas geändert. Deutschland muß danach die überzähligen Offiziere vor dem 28. Februar entlassen, die Einwohnerwehr vor dem 30. Juni auflösen, die Reiserschiffe vor dem 30. April entwaffnen, die im Bau befindlichen Kriegsschiffe, sowie alle Unterseeboote vor dem 31. Juli zerstören, die im Jahr 1919 zerstörten Zeppeline ersetzen, darauf verzichten, eine Luftpolizei zu bilden und die Auslegung der Verbündeten annehmen, indem es die Zivil- von den Militärflugzeugen unterscheidet.

Amerikanische Entschuldigung.

Berlin, 31. Jan. Im Auftrag des Generals Allen, des Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte im besetzten Gebiet, erschien beim Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete der Vertreter Oberst Stone und erklärte, daß der General sich hierdurch formell bei der deutschen Reichs- und badischen Landesregierung entschuldigen wolle wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten versuchten Verhaftung eines Deutschamerikaners auf badischem Gebiet. Der General habe zu diesem Unternehmen, das er sehr bedauere, keinen Auftrag gegeben und dasselbe nicht gebilligt. Der Auftrag zur Verhaftung sei von seinem erst kürzlich nach Deutschland gekommenen und einem noch unbekanntem Profosmarschal (Militärgerichtsbeamter, Auditor) in Koblenz gegeben worden, der geglaubt habe, daß sich der Deutschamerikaner in der französischen Zone des besetzten Gebiets aufhalte.

Reichstag.

Berlin, 31. Jan.

Das Haus ist stark besetzt. Am Ministertisch: Der Reichskanzler, Simons, Wirth, Heinze und Koch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort der Minister des Auswärtigen:

Reichsminister Simons: Gestern Abend ist mir durch Fernschreiben der Wortlaut des Beschlusses bekannt geworden, den die Pariser Konferenz am Samstag gefaßt hat. Ich habe veranlaßt, daß der Wortlaut so bald als möglich der Presse zugänglich gemacht wird. Er unterliegt gegenwärtig der Beschlussfassung des Kabinetts. Der Beschl. besteht aus einer Note und 2 Anlagen. Während die Entscheidung in der Entwaffnungsfrage als endgültig bezeichnet wird, sind die Entscheidungen in der Entschuldigungsfrage derart, daß es zunächst Beschlüsse sind, von denen allerdings mit Rücksicht gefaßt wird, daß sie einstimmig angenommen seien. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung einladen, geantwortet zu werden Ende Februar nach London zu gehen. Ich würde es bedauern, wenn das hohe Haus beschließen würde, morgen als ersten Punkt die Aussprache über die Verhältnisse der Pariser Konferenz auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Haus hört die Mitteilung des Ministers unter lautlosem Schweigen an.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag nachmittags 4 Uhr zur Entgegennahme der Regierungserklärung.

Württemberg.

Stuttgart, 31. Jan. (Vom Landtag.) Die Fraktion der Bürgerpartei hat im Landtag eine Anfrage an das Staatsministerium eingebracht wegen eines bei den Truppen des Wehrkreises V in Massenauflage verbreiteten Flugblatts des Abg. Johannes Fischer, Vorstandsmitglied der demokratischen Partei. Es wird darin eine unzulässige Beeinflussung der Truppen zu Gunsten einer politischen Partei aus öffentlichen Mitteln erblickt. — Nach dem „N. Z.“ richtet sich das Flugblatt gegen die kommunistische Werbetätigkeit unter den Truppen. Die Leitung des Wehrkreises sei mit dem Flugblatt einverstanden und habe die Verbreitung angeregt.

Stuttgart, 31. Jan. (Anfragen im Reichstag.) Die drei bauerbändlerischen Abgeordneten zum Reichstag, Körner, Vogt und Haag, haben folgende Anfragen eingebracht: 1. In Württemberg ist vor Weihnachten in besonders auffälliger Weise gegen die kleinen Bauern, Tagelöhner, ältere kränkliche Leute usw. wegen der Nichtablieferung von Hafer sowie kleiner Mengen Brotgetreide in sehr scharfer Weise vorgegangen worden. Polizeiverhütung von 70 Mann mit Maschinengewehren wurden in eine Reihe friedlicher Dörfer geschickt, Häuser und Wohnräume, Kisten usw. durchsucht. Dieses Vorgehen verurteilt eine heftige Erregung in der kleinbäuerlichen Bevölkerung Württembergs. Findet ein derartiges Vorgehen gegen kleine, fleißige Bauern, die zum Teil unter sehr schwierigen Verhältnissen leben, die Billigung der Reichsregierung? Ist der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nicht der Ansicht, daß die Erbitterung, die durch eine solche Handlungsweise hervorgerufen wird, einen immer stärker werdenden Uebergang zur extensiven Wirtschaft zur Folge haben wird? Ist die Reichsregierung bereit, Maßnahmen zu treffen, daß in Zukunft der Bauerstand, insbesondere auch in Württemberg, so behandelt wird, damit dessen Arbeitslust und -willigkeit erhalten bleibt und nicht zerstört wird? — 2. Die Landwirtschaftskammer in Württemberg hat durch Sachverständige und ihre sorgfältig geleitete Buchführungsstelle Ertragswertberechnungen verschiedener landwirtschaftlicher Betriebe zum Zweck der Steuererklärung für das Reichsnotopfer machen lassen. Die Berechnungen werden von den Finanzämtern in keiner Weise beachtet. Diese setzen von sich aus einen um das Doppelte bis Vierfache erhöhten Ertragswert an, ohne sich an das Gutachten der Sachverständigen zu halten. Ist die Reichsregierung bereit, die so vorgehenden Finanzämtern anzuweisen, die Ertragswertberechnungen der Landwirtschaftskammern zu beachten und sich der einseitigen Veranschlagung des Ertragswertes der landwirtschaftlichen Betriebe und der dazu gehörenden Wohngebäude zu enthalten?

Stuttgart, 31. Jan. (Vom Rentnerbund.) In einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Stuttgart des Deutschen Rentnerbunds berichtete der Vorsitzende, Landtagsabg. Hermann Hiffer, über die Bemühungen des Rentnerbunds hinsichtlich einer Abänderung der Steuerregeln, die der derzeitigen Notlage der Rentner mehr Gerechtigkeit widerfahren lasse. Entprechende Anträge seien im Reichstag und im Landtag gestellt worden. Einige kleine Erfolge seien zwar erzielt, aber eine durchgreifende Besserung sei noch nicht zu verzeichnen. Bezüglich der Hilfsaktion für Kleinrentner sei zu hoffen, daß in absehbarer Zeit in den dringendsten Fällen einige Hilfe geschafften werden könne. Es wurde beschlossen, mit einer Versicherungsgesellschaft einen Vertrag abzuschließen. Demnächst soll der württ. Rentner-Landesverband organisiert werden.

Stuttgart, 31. Jan. (Die Teurungszuschläge für Beamte.) Wie für die Beamten des Reichs wird auch für die württ. Beamten vom 1. Januar ab der Teurungszuschlag zum Grundgehalt und zum Ortszuschlag für die Klasse der Ortsklasse A auf 70 Proz., der Ortsklasse B auf 67 Proz., der Ortsklasse C auf 65

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

76. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Wieder waren einige Tage vergangen. Hasso war besser geworden; er hatte sich seiner tapferen Pflegerin angeschlossen, und sie war rührend gut zu ihm. Sein Auge leuchtete freudig auf, wenn er sie beim Erwachen an seinem Bette sah, und sie durfte nicht von ihm. Mary verstand auch, auf seine kindlichen Ideen einzugehen und sich ihnen anzuweisen — sie spielte mit ihm und erzählte ihm mit ihrer süßen beruhigenden Stimme Märchen, denen er mit Andacht lauschte. Wolf sah das alles mit wehmütiger Freude; er mußte immerfort an sein anderes Kind denken, das er nie gekannt hatte — das tot war — und seine Mary als Mutter desselben! Doktor Kornelius war aber noch nicht mit Hasso zufrieden; die Schwäche war noch zu groß. Er sprach seine Besorgnis darüber zu Mary aus, die ihn angstvoll ansah.

„O lieber Doktor, retten Sie das Kind! Wir haben es doch schon so weit gebracht.“

Berrubert sah er sie an. „Sie haben viel Teilnahme, Konjuelo, und vergeßen sich darüber ganz“, sagte er laut, am einen trübenden Blick in ihr Gesicht werfend. „Am liebsten möchte ich Sie ins Bett schicken und Vertretung für Sie senden, so eidend sehen Sie aus. Sie kann es kaum verantworten. Ihre liebe Frau würde es mir nie verzeihen, wenn Sie krank werden.“

„Wer fragt nach mir! — ich bleibe, Doktor!“ entgegnete sie hartnäckig.

„Was ist?“ fragte Wolf, zu den beiden tretend, die er so eifrig sprachen sah.

„Ich konstatierte eben, Herr Hauptmann, daß Schwester Konjuelo der Pflege nicht mehr gewachsen ist“, sagte der junge Arzt bestimmt.

„Herr Doktor, ich weiß doch, was ich mir zumuten kann, am besten selbst“, jagte sie erregt. Dabei trafen sich ihre Augen mit denen Wolfs, die angstvoll auf sie gerichtet waren; sie nickte ihm beruhigend zu. Dem Arzt entging dieser Blickeausaustausch nicht; er sah den zärtlichen Ausdruck ihres Gesichts, wenn sie mit Wolf sprach und eine tiefe Traurigkeit bemächtigte sich seiner, sowie auch ein tiefer Groll. Das Mädchen war ihm so über alles teuer, daß er es vor jedem rauhen Luftzug behütet hätte, und nun sah er, daß zwischen ihr und dem Hauptmann ein gar seltsames Einverständnis herrschte, das er sich gar nicht erklären konnte. Sollte sie —

„Wie sie wollen“, sagte er kühl, „ich habe es nur gut gemeint und sehe als Arzt auch schärfer — Sie müssen selbst sagen, Herr Hauptmann“, wandte er sich an diesen, „daß Schwester Konjuelo sehr angegriffen aussieht.“

„Ja, allerdings“, sagte Wolf zögernd, „aber Hasso würde sie sehr vermissen, er hat sie lieb und ist an ihre Gegenwart gewöhnt; jedoch kann ich nichts sagen; der Schwester Gesundheit ist zu kostbar, als daß sie unnütz gefährdet werden sollte. Da treten Privatwünsche zurück!“

Da öffnete sich die Tür, und Gabriele kam in einem eleganten Schlafrock herein, etwas bleich noch, aber sonst ganz wohl aussehend.

„Guten Morgen, Herr Doktor“, sagte sie, „Sie wundern sich, mich schon aufzusehen — ich wollte Sie aber überraschen. Ich fühle mich jetzt wieder wohl, und kann mich jetzt wieder meinem Kinde widmen!“

„Das ist recht, gnädige Frau, lösen Sie Schwester Konjuelo ab, die der Ruhe und Erholung sehr bedarf“, entgegnete der Arzt. Ella sah Mary präsent an und bestätigte dessen Meinung. „Sie haben recht, Herr Doktor; Hasso ist jetzt außer Gefahr.“

„Das ist er noch nicht“, wandte Mary ein. Scharf musterte Ella die Schwester. Sie wollte entschieden noch

bleiben, das war klar — sie wollte mit Wolf zusammen sein — nein, das durfte nicht sein — sie mußte fort. Die beiden hatten sich während ihrer Unpäßlichkeit mehr als genug gesprochen; vielleicht waren sie gar wieder einig miteinander, wer weiß, was vielleicht geschehen war! Das alles ging blitzschnell durch ihre Gedanken.

„Wenn aber Herr Doktor meint, daß Sie sich ruhen können?“ sagte sie — „auf keinen Fall dulde ich, liebstes Schwester, daß Sie sich länger ortfern. Ich fühle mich wohl genug, die Pflege meines Kindes selbst wieder übernehmen zu können. Schonen Sie sich ein paar Tage; Sie sehen ja zu elend und angegriffen aus. Sollten Sie außer mir noch eine Pflegerin für nötig halten, Herr Doktor, dann sorgen Sie, bitte, dafür. Sie wissen ja besser Bescheid darin!“ Das alles kam so lebenswürdig und teilnehmend aus ihrem Munde, daß keiner widersprechen konnte. Sie sah, wie es schmerzhaft in Marys Gesicht zuke, wie Wolf sich auf die Lippen biß — und sie kostete ihren Triumph aus; die beiden sollten sich sogar in ihrer Gegenwart „Lebewohl“ sagen, sie sollten getraut werden! Sicher hatte diese Person mit dem unschuldigen Kindergeicht ihren Gatten wieder in ihre Netze gezogen und hatte durch ihre raffinierte Koletterie ihn vielleicht dazu gebracht, daß er Frau und Kind um sie vergessen konnte.

„Sie sehen, Schwester, daß Frau von Wolfburg der gleichen Ansicht ist wie ich. Also in zwei Stunden hole ich Sie ab. Ich muß erst Rücksprache mit Schwester Hanna nehmen, die gestern von Oberlehrer Tark zurückgekommen ist“, sagte Doktor Kornelius herzlich, „ich habe wirklich Angst um Sie; Sie können sich ja kaum aufrecht erhalten! Sie hatten ja in den letzten Wochen auch zu viel zu tun. Das kann nicht so weiter gehen, wenn ich mir nicht selbst Vorwürfe machen soll; da seien Sie diesmal vernünftig!“

(Fortsetzung folgt.)

Proz., der Ortsklasse D auf 60 Proz., der Ortsklasse E auf 55 Proz. festgesetzt. Die erhöhten Bezüge werden im Lauf des Monats Februar zur Auszahlung kommen können.

Neuenbürg, 31. Jan. (Heimkehr.) Nach sechs-jähriger Gefangenschaft in Sibirien kehrte der letzte Kriegergefangene der hiesigen Stadt, Artur Molitor, zur Freude seiner Angehörigen in die Heimat zurück. 3 Jahre lang konnte er kein Lebenszeichen mehr geben. Die Gefangenschaft, während deren er die Ehe mit einer deutschen Zivilgefangenen einging, hat er verhältnismäßig gut überstanden.

Stuttgart, 31. Jan. (Keine Landesmilkzentrale.) Nachdem die Öffentlichkeit, die Stadt Stuttgart und die landwirtschaftlichen Organisationen den Plan einer Landesmilkzentrale in Beheimsetzung bei Ulm abfällig beurteilten, hat, wie wir erfahren, der württ. Arbeitsminister nicht die Verantwortung für die Einrichtung einer solchen Zentrale übernehmen können. Der Plan wird aufgegeben und die Stadtgemeinde Stuttgart aufgefordert, durch Einrichtungen in Stuttgart dafür zu sorgen, daß die Milch in gebrauchsfähigem Zustand in die Hände der Verbraucher gelangt. Seitens der Landesvereinigungen sollen Einrichtungen im Oberland geschaffen werden, um in den Erzeugerorten bzw. den Bahnstationen die Milch sachgemäß zu behandeln.

Stuttgart, 31. Jan. (Milch und Fett.) In der zweiten Hälfte des Januar wurden hier durchschnittlich etwa 45 000 Liter Milch angeliefert gegen 39 000 im Juli, 36 000 im August und 35 000 im September. Zudem mußte die Futterversorgung auf 62 1/2 Gramm innerhalb 14 Tagen eingeschränkt werden. Die Fettpreise sind etwas gesunken. Es sind noch erhebliche Mengen Fett im Reich vorhanden. Aus dem Ausland wurde in letzter Zeit billiger eingeführt.

Ulm a. D., 31. Jan. (Die Quäker.) Die amerikanische Kinderhilfsmission (Quäker) hat ihre Tätigkeit nun auch auf Ulm ausgedehnt. Es sollen hier 500 Kinder gespeist werden. Die Kosten der Zubereitung und Verteilung der Speisen trägt die Stadt. Die Speisung ist für jedes Kind auf 8 Wochen berechnet. In den Mittelschulen ist der Ernährungsstand der Kinder durchschnittlich besser, als in den Volk- und höheren Schulen.

Seit Weihnachten ist der Söldnersohn Fritz Münzinger von Manen bei Donauwörth verschwunden. Man erhielt seine Nachricht aus Frankreich, daß er sich für die Fremdenmission anwerben ließ und auf der Reise nach Marokko sei.

Baden.

Karlsruhe, 31. Jan. Die Ausstellung „Sovjetrußland in Plastik und Bild“ wurde nun doch im „Palmengarten“ hier eröffnet.

Heidelberg, 31. Jan. Die badischen Hochschulen haben sich einmütig gegen die vom preussischen Finanzminister angeregte Erhöhung der Kollegengebühren von 8 auf 25 Mark für die Wochenstunden ausgesprochen.

Mannheim, 31. Jan. Der Bankbeamte Hugo Maier und der Techniker Max Rebmann fälschten auf einem Kopfbogen des Schweizerischen Bankvereins in Basel Umweisungen auf die Dresdener Bank in Mannheim und in Berlin über 220 000 Mk. und 590 000 Mark. Der Schwindel gelang nicht und die beiden Betrüger wurden wegen des Versuchs von der hiesigen Strafkammer zu Gefängnisstrafen von je 1 Jahr verurteilt.

Mannheim, 31. Jan. Der Schiffsverkehr auf dem Rhein ist zur Zeit außerordentlich lebhaft. Ein Schlepptzug folgt dem andern, jeder mit sechs bis acht gut beladenen Schiffen. Das bedeutet einen Massenverkehr von weit über 1 Million Zentner an einem Tag. Die Besserung des Schiffsverkehrs dürfte eine baldige Verbilligung der ganz gewaltig gestiegenen Schiffsfrachten herbeiführen.

Die Firma Brown, Boveri u. Cie. gewährt den stimmungsberechtigten ober-schleissischen Arbeitern und Angestellten ihres Betriebs Ersatz der Reisekosten und garantiert Lohn und Gehalt für die auszufällende Arbeitszeit. Eine Anrechnung auf den tarifmäßigen Urlaub findet nicht statt. Dieses Vorgehen der Mannheimer Firma verdient weitgehende Nachahmung.

Eberbach, 31. Jan. Aus Koblenz ist ein amerikanischer General mit Begleitung im Kraftwagen eingetroffen, um an dem Vorhöf der im hiesigen Gefängnis befindlichen Entführerbande teilzunehmen. Der Deutsch-Amerikaner Bergdolt hatte sich bis 1920 in den Vereinigten Staaten verborgen gehalten, nachdem er im Jahre 1917 dem Bestallungsbefehl in das amerikanische Heer nicht Folge leistete. Im Jahre 1920 wurde er verhaftet und zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Bergdolt gelang es, aus dem Gefängnis zu entfliehen und trotz nach abenteuerlicher Fahrt in Deutschland ein. Seit einem Jahr hat Bergdolt mit seinem Begleiter, dem Chauffeur Stecher in einem hiesigen Hotel gewohnt. Die Familie Bergdolts stammt aus Einsheim, wo sein Großvater Ehrenbürger war und Stecher ist aus Hünfeld gebürtig. Das Vorkommnis hat zahlreiche amerikanische Zeitungsblätter aus Berlin hierher geführt.

Heidelberg, 31. Jan. Der Stadtrat hat beschlossen, mit einem Kostenaufwand von 550 000 Mark die abgebaute landwirtschaftliche Halle wieder aufzubauen.

Freiburg i. B., 31. Jan. Weihbischof Dr. Knecht ist heute früh entschlafen.

Freiburg, 31. Jan. Die Täter, die in der Nacht zum 15./16. Januar bei dem Landwirt Moser in Schlatt bei Singen einen schweren Raub verübten, sind verhaftet worden. Es handelt sich um den Kutcher Franz Ehinger von Singen, den Fabrikarbeiter Wilhelm Wähler von Grabenhäusern und einen Kutcher Franz Rater Eisenhardt, ferner um zwei Dirnen aus Schlatt.

Vörrach, 31. Jan. Wie der „Oberländer Bote“ berichtet, haben zurzeit Verhandlungen über die Verlegung einer Hundertschaft Sicherheitspolizei nach Vörrach.

Singen (bei Vörrach), 31. Jan. Der Bautechniker Artur Müller-Weber ist seit Freitag voriger Woche spurlos verschwunden.

Spiel und Sport.

Die Ligaspiele in Südbaden.

Kreis Württemberg: Stuttgart Sportklub - V. f. R. Heilbronn 3:1; Spielogg. Cannstatt - V. f. B. Stuttgart 1:0; F. B. Juffenhäuser - Union Bödingen 1:0; Ulmer F. B. 94 - Sportv. Stuttgarter Kickers 1:2. - **Kreis Südwürt:** Karlsruhe F. B. - V. f. R. Vörrach 3:3; 1. F. C. Vörrach - F. C. Mühlbach 2:0. - **Kreis Odenwald:** Viktoria Feudenheim - V. f. R. Mannheim 1:1; F. Bgg. Neckarau - Spielogg. Mannheim 1:0; F. Bgg. Sandhofen - Sp. C. Waldhof 1:2. - **Kreis Nordbaden:** Spelogg. Fürtth - Pfeil Nürnberg 2:0; F. C. Hanau 93 - Helvetia Bockenheim 0:1. - **Kreis Südbaden:** Ballspielkl. Augsburg - M. T. B. München 0:3; Südbad. Mädchen - Wacker 1:1 (H); Sportvereinig. - T. B. 1860 3:4.

Rugby.

Staatliche Postzeit Stuttgart - V. f. B. Stuttgart 3:11; Sp. C. Frankfurt 1880 - Heidelberger Rugbygesellschaft 6:0.

Hockey.

V. f. B. Ludwigsburg - Spielogg. Löhlingen 0:1; F. B. Kornwestheim - Sp. B. Gmünd 1:1; Heidelb. Hockeyklub - Mlad. Sp. C. Karlsruhe 3:2; T. B. 1860 Frankfurt - Heidelberger Rugbyklub 7:4; V. f. R. Mannheim - Eintracht Frankfurt 5:0; Sp. C. Frankfurt 1880 - Münch. Hockeyklub 6:3; Kreuznacher Hockeyklub 1913 - T. B. Worms 18/8 2:0.

Turnen.

Eine Sitzung des Deutschen Reichsausschusses für Wettkämpfe wurde im Reichsministerium des Innern in Berlin am Samstag unter der Leitung von Direktor Berger-Deutsche Turnergesellschaft abgehalten. Sie wurde besonders wegen des kürzlich entbrannten Kampfes der Turner und Sportler mit Interesse erwartet, da man von ihr eine Klärung der Verhältnisse erhoffte. Leider sind diese Hoffnungen nicht erfüllt worden. Der Ausschuss setzte jede Satzungsänderung, bzw. jeden Antrag, der das Verhältnis der Verbände berührte, von der Tagesordnung ab. In der nächsten Zeit werden unter der neutralen Leitung des Vorsitzenden des Reichsausschusses, Staatssekretär Dr. Ewald, die beiderseitigen Vertreter nochmals zusammenkommen.

Bermischtes.

75. Geburtstag. Der Altmeister deutscher Kunst Prof. Dr. Wilhelm Steinhausen vollendet am 2. Februar sein 75. Lebensjahr. Steinhausen hat sich durch seine zahlreichen gemalten Bilder und Steinzeichnungen, die von reichem Gemüt und tiefer Religiosität zeugen, weithin einen hochgeachteten Namen gemacht. Er lebt in Frankfurt a. M.

Todesfall. Der Afrikareisende Prof. Georg Schillings ist in Berlin an einem Herzschlag gestorben. Schillings ist der Verfasser des bekannten Buchs „Mit Blüthen und Büsche durch Afrika“. Er war ein Bruder des früheren Generalmusikdirektors in Stuttgart.

Zeitungsverbote. Die „Schlesische Zeitung“ (Breslau) wurde von der Abstimmungskommission in Oberschlesien bis 11. Februar verboten. - Wegen des Abdrucks des Artikels „Ein Gruß an das deutsche Volk“ von Edo von Hebbin wurde der „Landauer Anzeiger“ von der französischen Besatzungsbehörde auf drei Tage verboten.

Abgestürzt. Bei Neumied (Rheinpr.) ist ein mit 2 amerikanischen Offizieren besetztes Flugzeug abgestürzt. Ein Offizier wurde getötet, der andere schwer verletzt.

Deutschfreundlichkeit in Schweden. Deutsche Staatsangehörige, die seit längerer Zeit in Schweden wohnen und jetzt unverschuldet arbeitslos werden, sollen nach einer Verfügung der Regierung bei den Notstandsarbeiten ebenso berücksichtigt werden wie die schwedischen Arbeiter.

Die Bevölkerungszahl in Norwegen beträgt nach der neuesten Zählung 2 646 000 Seelen; sie hat seit 1910 um 10 1/2 Prozent zugenommen.

Seuchen im Osten. Bei einer in Wien zugewanderten Gesellschaft von Gaukern und Bänkelsängern aus Südrußland wurden 16 Fälle von Flecktyphus festgestellt.

Der Kohlenbedarf Frankreichs in seinen neuen, durch Elsass-Lothringen erweiterten Grenzen beläuft sich nach der Fachzeitschrift „Glückauf“ 1920 auf 52 Millionen oder vierteljährlich 13 Millionen Tonnen. Nach französischen Angaben standen aber in den Monaten August bis Oktober 15 Millionen Tonnen zur Verfügung.

Brand. In Hoboken (New York) ist das Kontinental-Palasthotel abgebrannt. Tzehn Personen sind in den Flammen umgekommen.

Aufgelegt. Auf Anordnung des amerikanischen Schiffsverkehrsamts wurden weitere Handelschiffe mit 100 000 Tonnen in den atlantischen Häfen außer Dienst gestellt, da infolge der Geschäftslage trotz der angehäuften Vorräte keine Ladung ins Ausland vorhanden ist.

Eine Millionen-Erbischaft als Höflichkeitssohn. Der Mesner der St. Patrick-Kathedrale in New York, Josef A. Boyle, hatte vor Jahren einen Besucher der Kathedrale herumgeführt und, wie es seine Gewohnheit war, lebenswürdig und ausführlich die Aufklärung gegeben, die bei dem Rundgang nötig waren. Der Besucher war von der Höflichkeit seines Führers so entzückt, daß er ihm versprach, ihn in seinem Testament zu bedenken. Der Mesner dachte über diese Worte nach und dachte über sie nicht weiter nach. Unlängst erhielt er aber einen Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß jener Kirchenbesucher, ein Herr Dennis Cassidy aus Cork, sein Wort gehalten habe. Der Mesner mußte nach Cork kommen, um seinen Anspruch anzumelden und die Erbschaft in Empfang zu nehmen. Cassidy hatte dem Mesner 60 000 Pfund Sterling vererbt, was schon an gutem alten deutschen Geld 1 200 000 Mark bedeutet. Boyle hat das Vermächtnis natürlich angenommen und ist mit einem unerhofften Vermögen nach New York zurückgekehrt. Er behält aber sein Amt bei.

Locales.

Die Brotversorgung. Nach einer Mitteilung des Reichsernährungsministers Hermes im Reichstag ist die bisherige Brotversorgung im bisherigen Umfang voraussichtlich bis Ende des gegenwärtigen Wirtschaftsjahrs gesichert. Vom 15. Februar an wird die Roggenmehlrations auf 200 Gramm wöchentlich erhöht.

Die Ausgabe von Entlassungsanträgen. Immer noch gehen der Abwicklungs-Intendantur Anträge auf Entlassungsanträge zu, die in den meisten Fällen zurückgewiesen werden müssen. Nach einer Verfügung des Reichsernährungshauptamts in Berlin vom November 1920 ist die Abfindung mit dem Entlassungsantrag mit dem 1. Dezember 1920 eingestellt. Nur Kriegsbeschädigte, die a) zwischen dem 1. 7. 1916 und 9. 11. 1918 entlassen wurden, b) ihren Rentantrag vor dem 5. 5. 1919 stellten, c) den Entlassungsantrag vor dem 28. 12.

1919 beantragten und d) erst jetzt ihren Rentenanerkennungsbescheid erhalten, dürfen noch einen Entlassungsantrag zugewiesen werden. Fehlt auch nur eine der Voraussetzungen unter a-d oder kann sie nicht genügend nachgewiesen werden, so darf der Entlassungsantrag nicht mehr zugelassen werden. Auch der Unterausschuss nicht mehr zugelassen werden. Auch der Unterausschuss nicht mehr zugelassen werden. Auch der Unterausschuss nicht mehr zugelassen werden.

Der neue erhöhte Gütertarif, der gegenwärtig in Berlin unter Beiziehung von Vertretern der Interessentenkreise ausgearbeitet wird, wird voraussichtlich am 1. April in Kraft treten.

Schärfere Prüfung der Drucksachen. Nach Mitteilung des Reichspostministeriums ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die als Drucksachen veranderten Schriftstücke vielfach handschriftliche Zusätze, Rechnungen usw. enthalten und demgemäß ungenügend kontrolliert werden. Die im Abfertigungsbüro und Briefbestellbüro beschäftigten Beamten wurden nun darauf hingewiesen, die Drucksachen sorgfältig in ausreichendem Maße auf unzulässige briefliche Mitteilungen zu prüfen.

Vorsicht in Briefen nach dem besetzten Rheinland! Die allgemeine Heberwachung des Postverkehrs in den besetzten rheinischen Gebieten durch die Besatzungsbehörden ist nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Versailles weggefallen. Die Rheinlandkommission in Koblenz hat sich aber das Recht herausgenommen, jederzeit die Aushändigung von Briefen und Postsendungen von den deutschen Behörden zu fordern. Die Behörden sind deshalb ersucht worden, bei Schreiben nach Orten in dem besetzten Gebiet stets dessen eingedenk zu sein, daß die Schreiben von den Besatzungsbehörden gelesen werden können. Es soll deshalb alles vermieden werden, was dem Reich und den Empfängern schaden könnte. Dies gilt auch für private Briefschreiber.

Der Kampf gegen den Wucher. Im 2. Halbjahr 1920 wurden wegen Wuchers in Deutschland 13 454 Verfahren anhängig gemacht. Davon haben 8136 mit einer Beurteilung geendet. Von diesen Beurteilungen befanden 4839 in Geldstrafen, die übrigen in Freiheitsstrafen. Buchstrafen wurden nur in wenigen Fällen verhängt.

Was der Februar bringt. Sonntag, der 20. Februar, ist der Wahltag für die Reichstagswahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein (1. und 14. Reichstagswahlkreis); am gleichen Tag finden die Wahlen für den Preussischen Landtag, zu den Provinzial-Landtagen und zu den Kreistagen statt. - Die deutschen Ernährungsminister treten am 21. Februar zu einer Konferenz zusammen. - Die Reichsbanknoten zu 50 Mk. vom 30. November 1918 verlieren ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel am 1. Februar. - Am 1. Februar wird eine Abfertigungsgebühr im Gepäc- und Expressgutverkehr eingeführt; sie beträgt 40 Pfg. für jede Abfertigung. - Die Ausführerklärungen zu Paletten nach dem Ausland, die zur kollamtischen Prüfung der Ausführfähigkeit dienen, dürfen vom 1. Februar an nur noch auf einem Bordruch zur grünen Zollinhaltsklärung ausgestellt werden.

Weineinfuhr aus Italien. Es besteht die Gefahr, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen mit Italien die Weineinfuhr aus diesem Lande deutscherseits in einem Umfang zugestanden werden kann. Namentlich unseren Landwirten würde diese Weineinfuhr ganz besonders nachteilig werden. Deshalb hat die Württ. Landwirtschaftskammer das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bringen ersucht, beim Vertragsabschluß mit Italien die deutschen Weinbauinteressen zu schützen und Weine aus Italien nicht oder ausnahmsweise nur in begrenzten Mengen nach Anhören des Weinbauvereins heranzulassen.

Muß aus dem Schaufenster heraus verkauft werden? Kürzlich wurde in Berlin ein Kleinhändler vom Schöffengericht mit 50 Mark Geldstrafe belegt, weil er trotz des ausdrücklichen Verlangens eines Kunden einen Gegenstand nicht zum Verkauf aus dem Schaufenster genommen hatte. Der Vorsitzende des Detailistenverbands der Bekleidungsindustrie hat nun das Urteil als einen Rechtsgriff beanstandet. Nach einheitlicher Rechtsprechung sei in dem Ausstellen von Waren im Schaufenster mit Preisbezeichnungen kein Angebot im Sinn des Par. 145 B.G.B. enthalten, sondern nur die Auforderung zu einem Geschäftsabschluß. Der Verkäufer sei also nicht verpflichtet, im Schaufenster ausgestellte Waren den Kaufstüngen gegen Erlegung des Kaufpreises abzugeben. Die Weigerung stelle alserdings meist eine sittenwidrige Handlung dar, gegen die von Wettbewerbern auf Unterlassung und Schadensersatz Anspruch erhoben werden kann. Jeder verständige Kaufmann werde auch dann, wenn die Schaufensterdekoration darunter leidet, dem auf seinem Verlangen bestehenden Kunden die Ware aus dem Schaufenster herausgeben. Die Tatbestandsmerkmale einer strafrechtlich zu ahnenden Handlung bzw. Unterlassung sei indes in der Verweigerung nicht ohne weiteres gegeben.

Die Beförderungsausweise. Diejenigen ehemaligen Offiziere, Jungs, Feuerwerks-, Sanitäts- und Veterinär-Offiziere des aktiven und Beurlaubtenstandes, welche während des Krieges befördert worden und noch nicht im Besitz ihres Beförderungsausweises (Patents) sind, können denselben spätestens bis 1. März 1921 beim Heeresabwicklungsamt Württemberg - Personalabteilung in Stuttgart - Rotenbühlstraße - anfordern. Außer der genauen Anschrift ist Angabe des Beförderungsausweises erforderlich. Die Anweisung der betreffenden Ausweise erfolgt unter „Vortobflichtiger Dienstfache“.

Wichtiges Wetter.

Die kalte Witterung in Nordfrankreich hat sich mit dem vorigen Hochdruckgebiet abgeklärt. Neue Störungen sind auch dort im Entstehen. Die Störungen werden das Wetter am Mittwoch und Donnerstag mäßig und zeitweilig regnerisch gestalten.

Die Pensionierung der **Ständigen Reichsverkehrsbeamten**. Reichsminister Gröner fordert die Beamten, die jetzt die Altersgrenze von 65 Jahren überschritten haben, auf, sie sollen freiwillig jüngerer, leistungsstärkeren Stellen die Bahn frei geben. Bei solchen Beamten, die selbst den Antrag auf Versetzung in den Ruhestand stellen, kann der Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand bis zum 1. August 1921 hinausgeschoben und vorher ein dreimonatiger Urlaub bewilligt werden.

Alkohol und Schulunterricht. Auf eine Eingabe des Württ. Landesvereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hat das Kultministerium sich einverstanden erklärt, daß die Aufklärung über die Alkohol- und Nikotinfrage in den Schulen und Seminaren als Lehrstoff vorgeschrieben, die Verbreitung dieser Krüge auf den Elternabenden empfohlen werden soll. Regelmäßig sollen sie bei den Lehrgängen für jüngere Lehrer behandelt werden. Ferner werden die Mäßigkeits- und Enthaltensbestrebungen auf den Hochschulen unterstützt werden.

Die Adressdeputation des Reichstags in Versailles am 18. Dezember 1870.

Von Max Klüber, Stuttgart.

Die Feier des 50jährigen Bestehens des Reichs veranlaßt mich, noch eine andere denkwürdige Handlung in die Erinnerung zurückzurufen, die jenem 18. Januar 1871 vorausging und in ihrer Art nicht weniger wert ist, festgehalten zu werden, da sie die Zustimmung des deutschen Volkes zu dem eben erfolgten Entschluß König Wilhelms, den Kaiserthron anzunehmen, verkörperte. Es ist dies die am 18. Dezember 1870 in Versailles erfolgte Uebernahme der **Wohnungsadresse des Reichstags** an König Wilhelm zum glücklich vollendeten Einigungswork und zur Aenderung desselben durch die Annahme des **Tieles Deutscher Kaiser**. Der Reichstag in Berlin hatte sie in seiner Sitzung vom 10. Dezember beschlossen und, um ihr eine höhere Bedeutung beizulegen, sollte sie durch eine eigene Deputation dem Könige in Versailles, dem damaligen Hauptquartier, überreicht werden. Reichstagspräsident Dr. Simson war der Führer der aus 30 Abgeordneten bestehenden Deputation, die am 18. Dezember in Berlin abreiste und am 18. in Versailles ankam. Eine zahlreiche Versammlung aus allen militärischen Kreisen und zahlreiche Gruppen von Einwohnern der Stadt empfingen die Deputation, als dieselbe unter Horstmanns das vereinte Kriegslager des obersten Feldherrn und des Führers der 3. Armee erreichte. Für die Einquartierung der Abgeordneten war von seiten des Bundeskanzleramts alles Nötige getan. Um den Deputierten jede Unannehmlichkeit, welche die Verhältnisse gestatteten, zu ersparen, waren Wohnungen in dem besten Stadtteil von Versailles, dem Südwestende, das sich an das Schloß anreicht und mit seinen breiten Alleen in den Park von Trianon übergeht, für sie aussersehen worden. Der Präsident Dr. Simson wurde noch am Abend des 17. von Kronprinz Friedrich empfangen, der sich über die letzten Verhandlungen

des Reichstages Bericht erstatten ließ. Für den Empfang beim König war der Sonntag, 18. Dezember, bestimmt.

Die Ueberreichung der Adresse fand um 2 Uhr in dem großen Empfangssaal der Präfektur statt. Der Glanz dieses reich mit Ornamenten verzierten Festraumes bildete den äußeren Rahmen, der durch keine andere Zurechtung ergänzt worden war. Auf den Korridoren versahen Mannschaften von der Stabswache des großen Hauptquartiers die Ehrenposten. Eingeladen waren die Fürsten mit ihrer persönlichen Umgebung, der Bundeskanzler, die Generale, die höheren Beamten des königlichen Hofstaates. Nachdem die Abgeordneten erschienen waren und die Versammlung sich geordnet hatte, begaben sich die Fürsten in das Zimmer des Königs, um diesem alsdann im Zuge zu folgen.

Der Präsident Dr. Simson eröffnete die Feierlichkeit mit einer Ansprache, worin er betonte, welche seltene Fügung es sei, daß der König die Abgeordneten in einer Stadt empfangt, in welcher mehr als ein verderblicher Herd gegen unser Vaterland erfochten und ins Werk gesetzt worden sei, und hat dann um Erlaubnis, die Adresse vorlesen zu dürfen. Nach gegebener Zustimmung verlas Dr. Simson die Adresse, welche auf Pergament geschrieben, in roten Einband eingeschlossen, dem König überreicht wurde. Der König verlas darauf die Antwort an die Deputation, worauf er sich mit allen Abgeordneten besprach. Den Schluß der denkwürdigen Feier bildete ein Hoch des Präsidenten Simson auf König Wilhelm, den obersten Feldherrn des deutschen Heeres. Am 20. Dezember reiste die Reichstagsdeputation wieder in die Heimat zurück.

Sämling oder Zwergunterlage?

Man unterscheidet bei Obstbäumen bekanntlich die Hoch- und Halbhämme einerseits und das Zwergobst als Buschbäume, Schnurbäume, Pyramiden, Spalier usw., andererseits. Der Gartenfreund weiß, daß die Wichtigkeit der Bäume dieser Gruppen sehr verschieden ist. Erstere bilden große üppige Kronen mit erst nach etwa 8-10 Jahren einsetzender Tragbarkeit; die Zwergbäume beginnen schon 3-4 Jahre nach der Veredelung zu tragen und bilden nur kleinere Kronen. Der Besitzer eines kleineren Gartens bevorzugt die Zwergbäume, nicht all in ihrer baldigen Tragbarkeit wegen, sondern weil einige wenige der im Alter riesengroßen Bäume seinen kleineren Garten völlig beschatten würden, während auf derselben Fläche mit gleicher Tragbarkeit, aber unter Umfassung der lästigen Beschattung die doppelte und dreifache Anzahl Zwergbäume stehen können.

Man kauft aber beim Kauf der Nichtkener leicht Gefahr, einen starkwüchsigen Baum statt eines Zwergbaumes zu erhalten; denn wenn auch die Baumschleibsther im eigenen Interesse ihre Kunden gut bedienen, so kann doch auch ihnen einmal ein Versehen unterlaufen, und außerdem handeln viele Leute mit Obstbäumen, die weniger zuverlässig sind oder selbst wenig davon verstehen. Jedenfalls ist es gut, wenn der Käufer seine Ware selbst zu beurteilen versteht. Entscheidend ist immer die Unterlage, also der unechte Stamm, auf welchem

veredelt wurde. Alle stark wachsenden Formen sind auf sogenannten Sämlingen veredelt, die aus Samenkernen einer derben Apfel- oder Birnenart hervorgegangen



sind. Deshalb findet man auch bei diesem aus natürlicher Vermehrung hervorgegangenen Unterlagen ein natürlich aufgebautes Wurzelwerk. Die Zwergunterlagen sind ungeschlechtlich aus Stecklingen oder Abenten vermehrt. Das gibt eine unnatürliche Bewurzelung wie sie uniere 2. Abbildung zeigt. Die Wurzeln sind aus den Knospen der Stecklinge entstanden, stehen also gewissermaßen Stodwerkweise. Das verleugnet sich auch nicht, wenn die Unterlagen veredelt worden sind, und selbst bei mehrjährigen tragbaren Bäumen erkennt man deshalb an der Bewurzelung ganz deutlich, ob sie auf dem stark wachsenden Sämling oder dem schwach wachsenden Zwergwurzling stehen.

Handel und Verkehr.

Vöberach, 28. Jan. (Pferdemarkt.) Auf dem Roßmarkt wurden bei lauem Handel je nach Art 10 000 bis 30 000 Mark für ein Pferd bezahlt.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 1. Febr.

— **Beschwehler.** Das der W. Großmann gehörende „Hotel Post“ ging um den Preis von 850 000 Mk. in die Hände des seitherigen Direktors des Hotel Klump, Herrn Frischke, über.

— **Im Schaufenster** der Firma Bosh Nachf. ist ein Gemälde von Alt-Wildbad, „Welsch Dörfle“, ausgestellt, was manchen alten Wildbader interessieren dürfte. Das Gemälde ist von Malermeister Schlegel hier verfertigt.

Sommerproffen — weg!

Lebensgefährtinnen teile unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommerproffen gänzlich beseitigte.

Frau Elisabeth Cheltz, Frankfurt a. M., 333a, Schließfach 47.

Bekanntmachung.

Nachdem die Kapitalwerte (Steueranschläge) der veränderten bzw. neu erstellten Gebäude durch das Bezirkssteueramt auf 1. Januar 1920 festgestellt sind, wird das Verzeichnis hierüber

vom 4. bis 18. Februar ds. Js.

auf dem Rathaus Zimmer Nr. 8 aufgelegt sein.

Etwaige, an das Steuerkollegium Abteilung für direkte Steuern zu richtende Beschwerden, sind längstens bis zum 21. Februar ds. Js. bei dem Ortsvorsteher schriftlich anzubringen. Im Uebrigen wird auf den Anschlag am Rathaus hingewiesen.

Wildbad, den 31. Januar 1921.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Schütz.-Verein - Wildbad -

Am Samstag, den 5. Februar 1921 findet unser

Familien-Abend mit Gabenverlosung

im Gasthof zum „Kühlen Brunnen“ statt. Anfang halb 8 Uhr.

Aktive und passive Mitglieder sind freundlichst eingeladen. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt. Fremde können nach Anmeldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden.

Freiwill. Gaben zur Verlosung können bei Herrn Eisele z. „Kühlen Brunnen“ oder im Café Lindenberg abgegeben werden.

Das Schützenmeisteramt.

Nach Venedig (Italien) suche in Jahresstellung einen Bureau-Volontär

dem Gelegenheit geboten ist, sich in allen Teilen des Hotelbetriebes auszubilden.

O. Jüptner, Badhotel.

Inferiert im Tagblatt!

Pfannkuch & Cie.

Aepfelschnitz,

Mischobst

Pfund 5.-

Mt.

Zwetschgen

Pfund 5.50

Mt.

Essfeigen

Pfund 6.50

Mt.

Gemüse-Nudeln

Pfund 9.-

Mt.

Pfannkuch & Cie.

Wenig getragener, blauer Konfirmandenanzug (Cheviot), preiswert zu verkaufen. — Auskunft erteilt die Tagblattgeschäftsstelle.

Beleuchtungskörper

Taschenlampen mit Akkumulator

Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate

Glühlampen

Heizkissen

und sonstige

Schwachstrom artikel

Prima Ware.

Glühlampen

Verkaufs-Stelle der Ofram-Comm.-Gesellsch.

Carl Hartmann

Elektr. Installationen und mech. Werkstätte.

Aufruf!

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger wendet sich an das deutsche Volk mit dem Rufe, es möge wie in den Zeiten des Aufstiegs, so auch in der Not Deutschlands eingebend bleiben des großen Liebeswerkes der Rettung aus Seenot.

Die Deutsche Flagge ist gegenwärtig vom Weltmeere verschwunden, und es scheint sich hiernach die Auffassung zu verbreiten, daß für ein deutsches Seerettungswerk kein starkes Bedürfnis mehr bestehe. Dies wäre ein gründlicher Irrtum. Im letzten Jahre sind unsere Stationen in 68 Eisfällen tätig gewesen. Der Verkehr in der „Küstenfahrt“ und der „Kleinen Fahrt“ ist aber der deutschen Reederei erhalten geblieben, und mit aller Kraft wird dieses Gebiet, die Nord- und Ostseefahrt, gepflegt, als Grundlage für den Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt.

Bleibt somit den deutschen Rettungsstationen die gleiche Hauptarbeit wie früher und gilt diese nach wie vor überwiegend der deutschen Schifffahrt, so trägt doch unser Küstenbevölkerung im Angesicht der Seenot von Mitmenschen nicht nach der Herkunft der Schiffbrüchigen, wie noch jüngst ein hervorragender Fall erwiesen hat, als fünf Rettungsboote im schwersten Wetter wetteifernd, um einem in der wilden Brandung vor den Inseln Langoog und Spiekeroog gescheiterten Schiffe Hilfe zu bringen, ohne zu wissen ob es deutsche Seeleute oder in die Heimat zurückkehrende deutsche Brüder seien oder Angehörige anderer Nationen, die mit dem Tode rangen. Zur Erfüllung dieser Menschenpflicht alles zu leisten, was möglich ist, bleibt eine vornehme Aufgabe aller Deutschen.

Darum, Deutsche Männer, Deutsche Frauen, helfet, jeder nach seinen Kräften — unser Werk sei getragen von allen Kreisen unseres Volkes, gleichwie es ausgeübt wird ohne Ansehen derer, denen es gilt. Möge erneut und verstärkt in allen Herzen die alte Mahnung Widerhall finden

Gedenket eurer Brüder und Schwestern zur See!

Anmeldungen nimmt jederzeit entgegen: Apotheker S. Stephan.

Beiträge sehr Belieben.

Aussergewöhnlich billig!

Ungebleichtes Baumwolltuch für Hemden und Wäsche passend! Herrenhemden aus gutem Flanell per Met. nur Mk. 9.80 per Stück nur Mk. 29. Nichtgefallendes nehme gerne zurück, daher keine Mustersendung. Versandgesch. J.S. WITT, Weiden 442 Oberpfalz.

Schuhwaren verschied. Sorten Leder- und Filz-Stiefel, Hauschuhe. :: Sohlen und Flecken mit prima Kernleder.

Billiger als jede Konkurrenz!

Auch nicht bei mir gekaufte Schuhe werden repariert.

Fr. Kammerer, Schuhgeschäft, a. d. Bergbahn.

Ein vorzüglic Mittel ist „Corn UA.“ Erhältlich im Friseurgeschäft Braun & Schlegel, König-Rastrasse.

M. V. W.

Morgen Mittwoch abend 8 Uhr im Lokal.

W. V. W.

Morgen Mittwoch nachmittag 5 Uhr im Gasth. z. gold. Däfen.

Zu verkaufen:

Schwarzes Kostüm, Wolle, schwarze lose Jacke für alt. Frau, Wolle, 2 schwarze Filzhüte, garniert, alles gut erhalten.

Zu erfr. in der Red. d. Bl.

Die im „Graf Eberhard“ stehenden

Möbel

werden einzeln — nur im Laufe dieser Woche verkauft. Meldung: Reformschule.

